

# Die Hälfte des Geldes ist schon geflüchtet

*Zwischen 21 und 32 Billionen Dollar in privaten Finanzvermögen befanden sich nach Berechnungen des Tax Justice Network von 2010 in Finanzoasen. Das sind gut ein Drittel bis etwas mehr als die Hälfte der globalen Geldmenge, die im selben Jahr bei 55 Billionen lag – ein unvorstellbarer Skandal. Daneben erscheint Hoeness mit einer Deliktsumme von 30 Mio. Euro geradezu als Kavalier. → von Christoph Pfluger*

In der Tat geht der überwiegende Teil der Steuerhinterziehung auf das Konto von multinationalen Konzernen, die auch über die rechtlichen Mittel verfügen, ihre Geschäfte über die kleinen Inseln wie Jersey oder die Cayman-Inseln abzuwickeln. «Mehr als die Hälfte des Welthandels fließt (zumindest auf dem Papier) durch Steueroasen», wenn man einer Aussage des damaligen IWF-Direktors Dominique Strauss-Kahn von 1999 glauben will. Die drei wichtigsten Banken in diesem Geschäft: UBS, Credit Suisse und Goldman-Sachs.<sup>1</sup>

Wenn unsereins einen Kugelschreiber für 8500 Dollar<sup>2</sup> verbucht, dann sind die Steuerbehörden schnell zur Stelle. Wenn Multis dies mit internen Transferpreisen tun, ist dies so schwierig zu entdecken, dass es quasi legal ist. Das Ziel: Gewinne aus Ländern mit hohen Steuern in Länder mit tiefen Steuern zu verschieben. Wie lukrativ dies ist, zeigen Apple und Google, Meister dieses Fachs und die derzeit wertvollsten Marken.

**Diese Praxis soll jetzt unterbunden werden.** Dies verspricht wenigstens ein 15-Punkte-Plan der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der sicherstellen soll, dass Gewinne dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Das Kontrollinstrument ist der «Common Reporting Standard» (CRS), nach dem Steuerdaten transparent und vergleichbar gemacht wer-

den sollen. Multis müssen Kennzahlen für die einzelnen Länder vorlegen, sodass Briefkastenfirmen ohne Belegschaft, aber mit hohen Gewinnen aufliegen. Aber die OECD ist ein Club reicher Länder und es ist noch offen, wie erfolgreich sie wirklich sein will. Fingierte Niederlassungsbescheinigungen, die Steueroasen gegen Bezahlung ausstellen, werden beispielsweise nicht verboten, kritisiert das Tax Justice Network<sup>3</sup>. Und es wird vermutlich nicht lange gehen, bis die Steueranwälte für ihre Kunden neue Schlupflöcher bohren. Eine solche Schwachstelle ist die Bestimmung im OECD-Handbuch zur Einführung des CRS, nach der für Konten der Stand am Tag X massgeblich ist, anstatt zusätzlich einen Jahresdurchschnitt zu verlangen, der Bilanzkosmetik schnell offenlegen würde. Das grösste Problem aber dürfte sein, dass die USA den Standard gar nicht übernehmen wollen. Und wie ernst es die EU meint, ist unklar. Ihre Finanzminister veröffentlichten wenige Tage nach der OECD eigene Pläne, die weit weniger weit gehen. So wollen sie sich ab Januar gegenseitig mitteilen, welche Steuerschlupflöcher sie den Konzernen gewähren.<sup>4</sup> Nicht stopfen, nur mitteilen!

**Dabei erreicht der Zwang zur Verdunkelung und Umgehung der Gesetze zunehmend auch die KMUs.** Vor anderthalb Jahren erzählte mir der Geschäftsführer einer Schweizer Softwareunternehmung mit rund 100 Mitarbeitern, er hätte zur Abwicklung eines grösseren

USA-Auftrags auf Wunsch des Schweizer Auftraggebers eine Briefkastenfirma in der amerikanischen Steueroase Delaware einrichten müssen. Das Dilemma, vor dem immer mehr Unternehmen stehen: Entlassen oder Betrügen? Es ist zu befürchten, dass gerade die erfolgreichen Firmen auch mehr betrügen. Im Vergleich dazu erscheint die Abgasschummelei von VW wie ein frisches Frühlingslüftchen.

**Das flüchtende Geld hat eine augenfällige Verbindung zu den flüchtenden Menschen.** Die Verluste durch Steuerhinterziehung liegen gemäss OECD «konservativ geschätzt zwischen 140 und 240 Mrd. Dollar».<sup>5</sup> Besonders betroffen seien die Entwicklungsländer.

Wesentlich höhere Zahlen ermittelte die Erklärung von Bern 2008 in ihrer Dokumentation «Ein Elefant im Wohnzimmer». Danach «verlieren die Entwicklungsländer durch Steuerkonkurrenz, Steuervermeidung von Konzernen und Steuerhinterziehung reicher Eliten jährlich beinahe 250 Milliarden Dollar, den grössten Teil davon durch Scheingeschäfte mit Steueroasen.»<sup>6</sup> Mit diesem Geld könnte man den Entwicklungsländern nachhaltig helfen. Aber statt die Konzerne gerecht zu besteuern, müssen die Steuerzahler der reichen Länder für die Entwicklungshilfe von jährlich 135 Mrd. Dollar<sup>7</sup> aufkommen, wobei ein grosser Teil dieser Gelder den Projekten multinationaler Konzerne zugute kommt. Und weil diese Entwicklungshilfe unterm Strich →



# Zufall oder Absicht?

*Die «Migrationswaffe» ist leider keine Erfindung von Verschwörungstheoretikern. Ob die Flüchtlingswelle dieses Jahres darunter fällt, ist schwer zu sagen. Aber es gibt ein paar interessante Indizien.*

**D**ass die Verbreitung von Chaos zum strategischen Instrumentarium der USA gehört, will man einfach nicht glauben – aber sie ist Tatsache. Der französische Investigativjournalist Thierry Meyssan, Gründer des Réseau Voltaire, beschreibt das Prinzip der Chaos-Doktrin wie folgt: «Der einfachste Weg zur Plünderung der natürlichen Ressourcen eines Landes über einen langen Zeitraum, ist nicht, es zu besetzen, sondern den Staat zu zerstören. Ohne Staat, keine Armee. Ohne feindliche Armee, kein Risiko für eine Niederlage.»<sup>1</sup> Die Doktrin geht auf den Neokonservativen Paul Wolfowitz zurück, der anfangs der 90er Jahre im Auftrag von Bush sen. eine Strategie für die Zeit nach dem Kalten Krieg ausarbeitete und später stv. Verteidigungsminister und Präsident der Weltbank wurde. Das Pentagon hat dazu verschiedene Papiere veröffentlicht. Meyssan hält es für einen grossen Fehler, dass die Doktrin von keiner Militärakademie in Europa ernsthaft studiert werde. In der Tat wird die Liste der failed states ständig länger: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien; die Ukraine ist auf dem besten Weg dazu. In allen diesen Fällen haben europäische Staaten sogar noch mitgeholfen, Flüchtlingsströme zu generieren.

**Der Begriff «Migrationswaffe»** wurde meines Wissens 2010 mit dem Buch «Weapons of Mass Migration»<sup>2</sup> der US-amerikanischen Politologin Kelly M. Greenhill, Professorin an der Tufts University in die Diskussion gebracht. Darin

beschreibt sie 64 Fälle, in denen Herkunftsländer mit der Förderung der Flucht politische Ziele zu erreichen versuchten und diese in 71 Prozent der Fälle mindestens teilweise erreichten. Die Waffe funktioniert gemäss Greenhill, weil grosse Flüchtlingsströme die Zielländer vor erhebliche ökonomische Probleme stellen und meist zu einer Spaltung der Gesellschaft in Befürwortende und Ablehnende führen.

**Dass die «Waffe» beschrieben wird, heisst natürlich nicht, dass sie in diesem Jahr auch angewendet wurde.** Aber dass die USA an Schwierigkeiten in Europa durchaus ein Interesse haben, ist aktenkundig. So erklärte 2008 die damalige Präsidentin des Wirtschaftsrates des Weissen Hauses, Christina Rohmer, man müsse Probleme in Europa schaffen, damit das Kapital in die USA zurückflüsse. Und im Februar dieses Jahres sagte George Friedman, Direktor des Strategie-Thinktanks «Stratfor», ganz freimütig zur Ukraine-Krise, es sei das Ziel der USA, einen Konflikt zwischen Deutschland und Russland herzustellen.

**Absichten zum Einsatz der Migrationswaffe könnten also durchaus bestehen.** Aber wurde sie auch eingesetzt? Da bleiben die Hinweise vage. Immerhin: Global Research, ein kanadischer Thinktank unter der Leitung von Michel Chossudovsky, Wirtschaftsprofessor an der Universität Ottawa, veröffentlichte unter dem Titel «Wer twittert die Flüchtlinge nach Deutschland?» eine aufschlussreiche Auswertung

der Twitter-Botschaften mit dem Hashtag #RefugeesWelcome.<sup>3</sup> 76,8 Prozent der Tweets warben für Deutschland, 12,4 für Österreich, das flüchtlingsfreundliche Schweden wurde nur in 0,3 Prozent der Tweets genannt. Doch die Tweets stammten nur zu 6,4 Prozent aus Deutschland, sondern zu mehr als der Hälfte aus den USA, Grossbritannien und Australien. Irgendwer scheint sich da einen koordinierten Spass daraus gemacht zu haben, versteckte Einladungen zu verschicken, ohne die Gastgeber zu fragen. Die Botschaften sind nicht ohne Wirkung: Als über die sozialen Medien die Ankunft eines deutschen Passagierschiffes in Libanon zur Aufnahme von Flüchtlingen gemeldet wurde, zogen Tausende zum Hafen von Beirut. Wer kann ein Interesse an solchen Falschmeldungen haben? Sicher kein Freund der Willkommenskultur.

Das Schlusswort zu dieser unerfreulichen und undurchsichtigen Geschichte wollen wir dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán überlassen, der mit seinen wirkungslosen Zäunen im übrigen nur den Schengen-Vertrag erfüllte: «Es wäre vielleicht klug, nicht ständig Staaten zu zerstören.» *Christoph Pfluger*

<sup>1</sup> Die Blindheit der Europäischen Union gegenüber der Militärstrategie der USA. 27.4.2015. [www.voltairenet.org/article187423.html](http://www.voltairenet.org/article187423.html)

<sup>2</sup> Kelly M. Greenhill: Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy. Cornell University Press, 2010.

<sup>3</sup> [www.globalresearch.ca/who-is-twitter-luring-refugees-to-germany/5477477](http://www.globalresearch.ca/who-is-twitter-luring-refugees-to-germany/5477477)

wenig nützt, werden die Steuerzahler zur Deckung der Kosten der Flüchtlingswelle gleich nochmals zur Kasse gebeten. Die von Privaten verursachten Kosten kehren also zurück und werden sozialisiert. Das ist zweifacher Betrug, einmal an den Entwicklungsländern und einmal an den eigenen Bürgern, denen bereits höhere Steuern ins Haus stehen, die mit etwas Gerechtigkeit zum Wohle aller zu vermeiden wären. ●

## Fussnoten:

<sup>1</sup> [www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/The\\_Price\\_of\\_Offshore\\_Revisited\\_Presser\\_120722.pdf](http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/The_Price_of_Offshore_Revisited_Presser_120722.pdf)

<sup>2</sup> Nichoals Shaxson: Schatzinseln. 2011. S. 23.

<sup>3</sup> Holes in new OECD handbook for global financial transparency. [www.taxjustice.net/2015/09/15/holes-in-new-oecd-handbook-for-global-financial-transparency/](http://www.taxjustice.net/2015/09/15/holes-in-new-oecd-handbook-for-global-financial-transparency/)

<sup>4</sup> EU erlaubt Steuerschummelei weiter, taz 7.10.2015. [www.taz.de/!5235370/](http://www.taz.de/!5235370/)

<sup>5</sup> Reforms to the international tax system for curbing avoidance by multinational enterprises, Oktober 2015. [http://www.oecd.org/newsroom/oecd-presents-out-](http://www.oecd.org/newsroom/oecd-presents-out-puts-of-oecd-g20-beps-project-for-discussion-at-g20-finance-ministers-meeting.htm)

[puts-of-oecd-g20-beps-project-for-discussion-at-g20-finance-ministers-meeting.htm](http://www.oecd.org/newsroom/oecd-presents-out-puts-of-oecd-g20-beps-project-for-discussion-at-g20-finance-ministers-meeting.htm)

<sup>6</sup> [www.evb.ch/medien/medienmitteilung/brandaktuelle\\_evb\\_doku\\_zeigt\\_steueroasen\\_schaden\\_entwicklungslaendern/](http://www.evb.ch/medien/medienmitteilung/brandaktuelle_evb_doku_zeigt_steueroasen_schaden_entwicklungslaendern/)

<sup>7</sup> Welthaus Bielfeld: Datenblatt Entwicklungspolitik, 27.4.2015 [www.welthaus.de/fileadmin/user\\_upload/Bildung/pdf\\_fuer\\_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik.pdf](http://www.welthaus.de/fileadmin/user_upload/Bildung/pdf_fuer_Downloads/Datenblatt-Entwicklungspolitik.pdf) Quelle: OECD.

<sup>8</sup> [www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/Zeitung-Fluechtlinge-kosten-Bundeslaender-2015-bis-zu-6-Mrd-Euro-1000739610](http://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/Zeitung-Fluechtlinge-kosten-Bundeslaender-2015-bis-zu-6-Mrd-Euro-1000739610)